



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
19.04.2025 Hannoversche Allgemeine Zeitung Stadtausgabe: Steht Schacht Konrad vor dem Aus?	4
19.04.2025 Salzgitter-Zeitung: BGE teilt mit: „Endlager Konrad kann sicher betrieben werden“	6
Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	8
22.04.2025 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung: Milliardeninvestition in MV: Hunderte Jobs mit Wasserstoff?	9

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Steht Schacht Konrad vor dem Aus?

Die Fertigstellung des Atommüll-Endlagers in Salzgitter verzögert sich seit Jahren. Jetzt könnte sie sogar ganz auf der Kippe stehen.

Die Fertigstellung des Atommüll-Endlagers Schacht Konrad in Salzgitter verzögert sich seit Jahren. Jetzt könnte sie sogar ganz auf der Kippe stehen, weil sich Verordnungen für den Schutz des Trinkwassers geändert haben. Die Hintergründe.

Seit Jahren gibt es Verzögerungen beim Bau des Atommüll-Endlagers Schacht Konrad in Salzgitter. Zuletzt hieß es, dass mit der Einlagerung des Atommülls frühestens Anfang der 2030er-Jahre begonnen werden könne. Doch der Zeitplan steht erneut auf der Kippe. Möglicherweise ist das ganze Endlager infrage gestellt.

Der Grund dafür ist eine Genehmigung, die das Land Niedersachsen dem Schacht Konrad bereits im Jahr 2002 erteilt hat. Darin enthalten ist eine sogenannte „Gehobene wasserrechtliche Erlaubnis“. Damit soll sichergestellt werden, dass von den Abfällen im Endlager keine Gefahr für das oberflächennahe Grundwasser ausgeht. Dazu zählen auch Trinkwasservorkommen.

Abfallbehälter erfüllen aktuelle Wasserverordnung nicht

Die bundesweite Trinkwasserverordnung unterliegt einer ständigen Revision, zuletzt 2023. Seitdem gelten höhere Grenzwerte als noch vor 20 Jahren. Konkret geht es dabei nicht nur um radioaktive Stoffe, sondern auch um bestimmte Chemikalien, die sich ebenfalls in dem Müll befinden. Denn auch Stoffe wie Platin, Eisen oder Quecksilber könnten das Grundwasser belasten.

Auf die Probleme mit dem Wasserrecht machte zuerst eine Recherche von NDR und BR aufmerksam. Doch für die zuständigen Behörden schien diese nicht

überraschend zu sein. So betonte der Sprecher des Bundesumweltministeriums, dass die thematisierten Genehmigungsfragen „nicht neu“ seien. Die Endlagerkommission habe dazu bereits im Oktober 2024 eine online einsehbare Stellungnahme verfasst. Nach dieser Stellungnahme erfüllt zum jetzigen Zeitpunkt kein einziger Abfallbehälter die Anforderungen für eine Einlagerung im Schacht Konrad.

Das Umweltministerium sei aber zuversichtlich, dass sich dies ändern werde. Und auch die für den Prozess verantwortliche Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) teilte am Mittwoch, 16. April, mit, dass sie unabhängig von der Frage der wasserrechtlichen Genehmigung von der rechtzeitigen Inbetriebnahme ausgehe.

Niedersächsisches Ministerium glaubt nicht an Zeitplan

In Niedersachsen werden jedoch Zweifel laut. Der Sprecher des niedersächsischen Umweltministeriums Manfred Böhling teilte ebenfalls am Mittwochmorgen mit: „Wie Sie wissen, hat es bei Schacht Konrad schon viele Verzögerungen gegeben und deshalb kann, glaube ich, heute im Moment keiner so genau sagen, ob dieser Zeitplan eingehalten werden kann.“

Oberbürgermeister von Salzgitter fühlt sich bestätigt

Zurzeit liefen Gespräche zwischen Bund, Land und der Schacht Konrad AG. Schließlich sei nicht ausgeschlossen, dass es eine neue Genehmigung brauche, so Böhling. Denn Grenzwerte würden sich ständig verschieben. Aktuell sei aber kein neuer Antrag auf Genehmigung eingegangen.

Ob es diesen überhaupt braucht, müsse die Bundesgesellschaft für Endlagerung entscheiden. Kritik an dem Endlager äußert seit jeher der Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter, Frank Klingebiel (CDU). „Die Rechercheergebnisse bestätigen unsere seit Jahren geäußerten erheblichen Bedenken, auch zur Einhaltung der wasserrechtlichen Bestimmungen. Es bringt nichts, an einem über 23 Jahre alten und somit heute völlig verfehlten Projekt, um jeden Preis festzuhalten.“

Das Genehmigungsverfahren für Schacht Konrad startete bereits 1982 und ist das bundesweit erste nach Atomrecht genehmigte Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle. Insgesamt sollen bis zu 303.000 Kubikmeter Atommüll in dem alten Eisenbergwerk eingelagert werden.

Gegen die Entscheidung, den Schacht als Endlager für radioaktive Stoffe zu nutzen, klagen Umweltverbände gemeinsam mit der Stadt Salzgitter derzeit vor dem Obergericht in Lüneburg.

Wörter:	538	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Hannah Grützner	Ausgabe:	Hauptausgabe
Seite:	8	Auflage:	29.804 (gedruckt) ¹
Ressort:	Niedersachsen & Der Norden		36.432 (verkauft) ¹
Medienkanal:	PRINT		36.897 (verbreitet) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung	Reichweite:	0,11751 (in Mio) ²
Medientyp:	PRINT		

¹ von PMG gewichtet 01/2025

² von PMG gewichtet 7/2024

Abbildung: Stillgelegtes Eisenerz-Bergwerk in Salzgitter: Ob irgendwann Atommüll im Schacht Konrad endgelagert wird, ist fraglich. Vor dem OVG Lüneburg laufen Klagen, und dem aktuellen Wasserrecht werden die Atommüllbehälter nicht gerecht.

Fotograf/-in: Foto: Julian Stratenschulte/dpa

BGE teilt mit: „Endlager Konrad kann sicher betrieben werden“

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung habe die Sicherheit des Endlagers Konrad überprüfen lassen und kündigt eine Infoveranstaltung an.

Salzgitter Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat die sicherheitstechnischen Anforderungen für das Endlager Konrad nach dem Stand von Wissenschaft und Technik (ÜsiKo) überprüft. Dies sei auf Initiative der BGE durch unabhängige Fachleute erfolgt, wie es in der Mitteilung der Behörde heißt. Die Ergebnisse belegten demnach, dass das Endlager Konrad sicher betrieben werden kann. Auch mit Blick auf die Langzeitsicherheit bestätigten die Ergebnisse, dass Konrad ein sicheres Endlager sei. Die Berichte habe die BGE auf ihrer Internetseite veröffentlicht.

Die Vorsitzende der BGE-Geschäftsführung, Iris Graffunder, nennt es ein positives Signal für alle Beteiligten: „Mit den vorliegenden Ergebnissen herrscht Gewissheit, dass wir mit Konrad ein sicheres Endlager errichten.“ Das sei sowohl für die BGE als verantwortliche Endlagergesellschaft des Bundes ein wichtiges Ergebnis, als auch für die Menschen, die in der Nähe des Endlagers leben. „Ich erhoffe mir davon auch einen Impuls für den Dialog mit den Gemeinden in der Umgebung des Endlagers und der Stadt Salzgitter.“

Am 7. Mai will die BGE die Ergebnisse der Abschlussberichte der Phase 2 der ÜsiKo in einer Dialogveranstaltung in Salzgitter vorstellen. Nähere Informationen dazu folgten gesondert, heißt es.

Die Sicherheitsüberprüfung habe mehrere Phasen. In Phase 1 seien Veränderungen im Stand von Wissenschaft und Technik seit der Erteilung der Genehmigung (Planfeststellungsbeschluss) im Jahr 2002 erfasst worden. Ergebnis seien 36 sicherheitsrelevante Unterschiede (Deltas), die weiter untersucht werden sollen.

Die BGE habe daraufhin zur Überprüfung der Deltas neun Arbeitspakete öffentlich ausgeschrieben und vergeben. Parallel sei eine unabhängige wissenschaftliche Begleitung beauftragt worden. Eine Vielzahl von Fachleuten verschiedener Disziplinen habe die Ergebnisse der Beauftragungen bei einer zweitägigen Ergebnispräsentation im Herbst diskutiert. Anmerkungen seien in die finalen Untersuchungsberichte eingeflossen.

Die Abschlussberichte zu den beauftragten Untersuchungen seien wesentlich für den Abschluss von Phase 2. Einige Punkte aus der fachlichen Diskussion seien noch in der weiteren Auswertung. Daran arbeiteten die Fachleute der BGE.

Ein Beispiel für abgeschlossene Untersuchungen sei die Langzeitsicherheit des Endlagers Konrad. Die Auftragnehmer hätten unter anderem gezeigt, dass ein Transport von radioaktiven Stoffen durch so genannte Kolloide nicht möglich sei. Die großen Partikel, die theoretisch die radioaktiven Stoffe transportieren könnten, würden im umliegenden Gestein gefiltert oder ausgefällt.

Die Abschlussberichte stelle die BGE auf ihrer Homepage zur Verfügung. Darüber hinaus würden die Arbeiten zur Sicherheitsüberprüfung auf der Internetseite der BGE erläutert: <https://www.bge.de/de/konrad/themenschwerpunkte/themenschwerpunkt-uesiko/wesentliche-ergebnisse-der-phase-2-der-uesiko/> red

Wörter:	387	Jahrgang:	2025
Seite:	15	Nummer:	92
Ressort:	Lokales	Ausgabe:	Nebenausgabe
Medienkanal:	PRINT	Auflage:	7.213 (gedruckt) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung		8.118 (verkauft) ¹
Medientyp:	PRINT		8.237 (verbreitet) ¹
		Reichweite:	0,03432 (in Mio) ²

¹ IVW 4/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Abbildung: „Das Endlager Konrad kann sicher betrieben werden“: Das habe eine Überprüfung ergeben (Symbolfoto). Julian Stratenschulte
picture alliance/dpa

Fotograf/-in: picture alliance/dpa

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

Milliardeninvestition in MV: Hunderte Jobs mit Wasserstoff?

20 Gasfabriken im Land geplant / Erste Anlagen entstehen in Rostock, Lubmin und Dummerstorf

Bis 2028 sollen in Lubmin, Dummerstorf und Rostock die ersten großen Wasserstofffabriken in Deutschland in Betrieb gehen. Abnehmer gibt es bereits - und die wollen Milliarden zahlen. Das Land hofft auf hunderte neue Jobs.

Rückenwind aus Berlin für das erhoffte „Wirtschaftswunder“ in MV: „Wir werden den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft beschleunigen“, heißt es im Koalitionsvertrag von Union und SPD. Auf dieses Signal haben die Landesregierung in Schwerin und Investoren nur gewartet: Der Aufbau der Wasserstoffproduktion im Nordosten nimmt Fahrt auf - und allein für Bau und Betrieb könnten hunderte neue Jobs entstehen.

Landesweit sollen bis 2030 gleich 22 Produktionsanlagen für das wertvolle Gas entstehen. Das Wirtschaftsministerium in Schwerin hofft aber auf noch mehr Steuern und Arbeitsplätze.

In Laage könnte beispielsweise schon in einigen Jahren „grüner“ Treibstoff für die Luftwaffe und Fluggesellschaften produziert werden. Entsprechende Ideen bestätigt jetzt der Wasserstoffproduzent H2Apex aus Rostock.

Zehn Gigawatt Produktionsleistung für Wasserstoff sollen bundesweit bis 2030 entstehen - die Hälfte davon im Nordosten. Investitionsvolumen: hochgerechnet bis zu zehn Milliarden Euro.

Bereits 2028 sollen die ersten Anlagen in Betrieb gehen - in Lubmin. Dort will H2Apex gleich zwei Fabriken eröffnen: Neben einem eigenen Elektrolyseur, an dem seit 2023 geplant wird, haben die Rostocker vor wenigen Wochen auch das dortige Projekt des insolventen Hamburger Unternehmens HH2E übernommen. In Laage plant H2Apex einen dritten Elektrolyseur. Allein der kostet mehr als 200 Millionen Euro.

„Lubmin ist der vielversprechendste Standort für die deutsche Wasserstoffindustrie“, so H2Apex-Vorstandschef Peter Rößner. Beide Anlagen sollen schrittweise auf eine Gesamtleistung von 1,6 Gigawatt hochgefahren werden.

In Dummerstorf hat die Firma Eternal Power sogar schon Käufer für ihren Wasserstoff: „Wir haben bereits Abnahmeverträge für eine Laufzeit von 15 Jahren und im Wert von rund 3,6 Milliarden Euro für Wasserstoff aus Dummerstorf vereinbart“, sagte Manager Fabian Flo-to bei einem Wasserstoff-Gipfel in Rostock.

Zu den Abnehmern zählen „ein Chemiekonzern aus Süddeutschland“ und ein Konsortium, das in Schweden aus Wasserstoff den grünen Treibstoff Methanol für Schiffe und Autos herstellen will. Auch in Dummerstorf soll ab 2028 das Gas strömen. Produktionsstart auch dort: 2028.

In Rostock will die Energy Port Cooperation, eine Tochter des Hafens sowie der Konzerne RWE, EnBW und Rhein-Energie, Mitte des Jahres die Genehmigung für einen Elektrolyseur beantragen. Die Planungen für die Anlage hat im März der österreichische Konzern Andritz übernommen.

Im Wirtschaftsministerium hofft man, dass der grüne Wasserstoff „made in MV“ auch andere Branchen lockt: „Viele Unternehmen werden zur Vermeidung von CO₂-Emissionen auf Wasserstoff setzen“, so ein Sprecher von Wirtschaftsminister Wolfgang Blank (parteilos). Vor allem Unternehmen der chemischen Industrie - etwa in der Herstellung von Düngemitteln - oder der Metallbranche brauchen „grünes Gas“. Seiten 6 und 16

Wörter:	453	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Andreas Meyer	Ausgabe:	Hauptausgabe
Seite:	1	Auflage:	17.808 (gedruckt) ¹
Ressort:	Titelseite		21.122 (verkauft) ¹
Medienkanal:	PRINT		21.845 (verbreitet) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	0,06341 (in Mio) ²

¹ von PMG gewichtet 01/2025

² von PMG gewichtet 7/2024

Abbildung: So sehen die Wasserstofffabriken - die Elektrolyseure - von innen aus. (Symbolbild)

Fotograf/-in: Foto: Rolf Vennenbernd/dpa

Abbildung: Hofft auf ein Wirtschaftswunder durch Wasserstoff: Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsminister Wolfgang Blank (parteilos).

Fotograf/-in: Foto: Patrick Pleul